



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Weiter-So +++ Tatort HSH Nordbank +++ Wohnungspolitik in Bewegung +++ Offene Denkmale +++ Deserteure +++

Die Weiter-So-Koalition



25.8.: Christoph Ahlhaus wird als Erster Bürgermeister vereidigt

Auf der ersten Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft nach der Sommerpause wurde der bereits im Juli verkündete Wechsel von Ole von Beust zu Christoph Ahlhaus (CDU) vollzogen. Schwarz-Grün will in Hamburg bis zum Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 2012 weiterregieren. Drei Aspekte waren für mich bei diesem Wechsel wichtig.

Erstens: Der neue erste Bürgermeister Ahlhaus erhielt 70 Stimmen. Die Koalitionsfraktionen von CDU und GAL bringen dabei 68 Stimmen zusammen, weshalb auch mindestens zwei Abgeordnete der Opposition für ihn gestimmt haben müssen. Insgesamt gehören 121 Abgeordnete dem Landesparlament an, die auch alle abstimmten. 50 Abgeordnete stimmten mit Nein, einer enthielt sich. In der Linksfraktion werden die politisch-inhaltlichen wie die personellen Aspekte des Wechsels

übereinstimmend ganz negativ bewertet, sodass von den acht Abgeordneten niemand für den neuen Bürgermeister gestimmt haben wird. In der anderen Oppositionspartei gibt es diese kritische Distanz gegenüber dem neuen Bürgermeister offenkundig nicht einheitlich. Zum anderen ist der Verständigungsprozess in vielen Politikbereichen in einer großen Fraktion weitaus schwieriger, sodass die geheime Stimmabgabe hin und wieder auch in anderen Landtagen genutzt wurde, um der eigenen Fraktionsführung eine »Quittung« zu erteilen. Dass diese Stimmabgabe das vorherrschende negative Erscheinungsbild des gesamten Politikbetriebes eher verstärkt, ist diesen Parlamentsmitgliedern gleichgültig. Im Ergebnis dieser Stimmabgabe ist also nicht nur die Verlässlichkeit der Opposition in der Bürgerschaft herabgesetzt worden.

Bei der Bestätigung der Senatoren ergab sich der umgekehrte Effekt. Neu in die Regierungsmannschaft kommen Innensenator Heino Vahldieck (CDU), Wirtschaftssenator Ian Karan (parteilos) und Kultursenator Reinhard Stuth (CDU), dafür scheiden Axel Gedaschko als Wirtschaftssenator und Karin von Welck als Kultursenatorin aus. Der Senat wurde weniger deutlich bestätigt, mit 64 Ja- und 56 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Auch hier nutzen Mitglieder der Regierungskoalition die geheime Stimmabgabe, um ohne Begründung ihren Missmut über die personelle Veränderung auszudrücken.

Zweitens: Die gesamte Veränderung des Führungspersonals ging ohne irgendwelche inhaltlichen Festlegungen über die Bühne. Auch entschiedene Attacken in der aktuellen Stunde durch die Linksfraktion und die SPD konnten Christoph Ahlhaus nicht davon abbringen, in der Bürgerschaft zu schweigen. Das erneuerte Regierungspersonal hatte reichlich Zeit, auch seine inhaltlichen Schwerpunkte für den Rest der Legislaturperiode zu skizzieren. Der Respekt vor Parlament und Öffentlichkeit hätte auch die Variante ermöglicht, für die nächste Sitzung eine ausführliche Darstellung und Debatte der Schwerpunkte der Politik anzukündigen.

Aber die Regierungskoalition wollte dies nicht. Warum nicht? Geradezu krampfhaft wurde die Kontinuität des Koalitionsvertrages zwischen CDU und GAL beschworen. Und genau dieses macht das Problem aus: Denn es gibt diese Kontinuität nicht. Der aus dem Amt geschiedene Bürgermeister hatte vor den Ferien einen einschneidenden Politikwechsel angekündigt. Für die Koalition wurde im Juni 2010 eine enorme Kraftanstrengung versprochen, um im Bereich »kurz- und langfristiger Investitionen für eine solide Haushaltspolitik zu sorgen, um Schritt für Schritt die Investitionsobergrenze herunterzufahren und somit einen Teil des Haushalts zu sanieren, und gleichzeitig bei den laufenden jährlich wiederkehrenden Ausgaben mit großer Disziplin unser Ziel, das strukturelle Defizit auszugleichen, erreichen zu können. Dabei muss definiert werden, was für eine gute Entwicklung der

Stadt in ökonomischer, ökologischer Hinsicht und für das geistliche Zusammenleben der Menschen unbedingt notwendig ist. Was wünschenswert oder schön oder nice to have ist, wie es so schön heißt, was man gerne hätte, mag zwar wunderbar, kreativ und toll sein, kann allerdings kein Maßstab mehr sein. Der einzige Maßstab muss das sein, was für diese Stadt notwendig ist, um ökonomisch, ökologisch und sozial gut über die Runden zu kommen und stark dazustehen. Genau diesen Maßstab werden wir anlegen. Wünsch dir was, das ist vorbei.« (Regierungserklärung vom 16.6.2010 laut Protokoll)

Dieser Wechsel von einer Politik des Wünsch-Dir-Was (wir denken an Elbphilharmonie, U 4, Doppelrennbahn, Sprung über die Elbe etc.) zu einer Politik der »guten Entwicklung für die BürgerInnen« wäre eine Erörterung wert. Schwarz-Grün hat ihre inhaltliche Ausrichtung verändert, ihr Regierungspersonal ergänzt und behauptet ein Weiter-So.

Drittens: Die Weiter-So-Koalition steht beim »Neustart« von Beginn an unter einem enormen Sog von rechts. Die Scheuerl-Initiative, die angesichts des gewonnenen Volksentscheids und über 270.000 mobilisierten Stimmen angekündigt hat, bei Neuwahlen als politische Kraft anzutreten, macht massiven Druck, um alle Elemente der verbliebenen Schulreform anzugreifen. Und sie wird sich zukünftig nicht auf dieses Thema beschränken.

Die Probleme Hamburgs sind drängend. Es gibt mindestens zwei Großbaustellen.

Die Stadt braucht dringend eine Strukturpolitik, die der veränderten bzw. sich noch verändernden Struktur der Globalökonomie Rechnung trägt. Auf ein zentrales Problem weist der neue Wirtschaftssenator Karan hin: »Hamburg wird als Hafen weiterhin eine wichtige Rolle spielen, weil hier viele Im- und Exporteure und Konsumenten sind. Aber auf lange Sicht brauchen wir für Deutschland so etwas Ähnliches wie einen Hafen-Masterplan.«

Die zweite große Baustelle ist die soziale Spaltung. Dazu hat das Statistische Bundesamt neue Zahlen vorgelegt. Da-

joachimbischoff.de

Ab sofort erscheinen aktuelle Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner neuen Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Also lieber einmal mehr dort vorbeischaun!





Die Armut in einer der reichsten Städte der Republik wird immer sichtbarer

nach ist die Armutsgefährdungsquote, die den Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung misst, im Krisenjahr 2009 in Hamburg deutlich gestiegen. Diese Tendenz zur sozialen Polarisierung, die durch die CDU-Senate der letzten zehn Jahre und auch durch Schwarz-Grün noch verstärkt wurde, drückt sich auch darin aus, dass die Einkommensreichumsquote eine neue Rekordmarke erreicht hat. Die Freie und Hansestadt Hamburg liegt damit mit Abstand an der Spitze aller Bundesländer. Hier leben besonders viele Reiche bei gleichzeitiger deutlicher Zunahme der Menschen, die arm sind und in prekären Lebensverhältnissen stecken. An dieser strukturellen Fehlentwicklung wird sich auch in der aktuellen Phase wirtschaftlicher Erholung nichts ändern, wenn nicht aktiv politisch gegengesteuert wird.

Die Bekämpfung sozialer Spaltung wie auch der Umbau der Hamburger Wirtschaft sind für die Zukunft der Stadt unerlässlich. Durch gezielte Maßnahmen der Armutsbekämpfung, wie etwa das kostenlose Kita-Mittagessen, die Verbesserung der Sozialkarte für verbilligte Fahrten mit dem HVV und eine Wohngelderhöhung für die EmpfängerInnen von Sozialleistungen ließe sich die Lebenslage dieses Prekariats verbessern. Dann geht es um massive Investitionen ins Bildungssystem (Kitas, Schule, Universitäten), die trotz der für die nächsten Jahre per Volksentscheid festgezurrten Schulstruk-

tur die Ausbildungs- und damit Berufsperspektiven vieler deutlich verbessern könnten. Zu einer zukunftsorientierten Politik gehören des Weiteren die Beendigung des Elends der Ein-Euro-Jobs und ein Landesprogramm Arbeit zur Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen (soziale und kulturelle Infrastruktur) und bei der ökologischen Modernisierung Hamburgs. Schließlich geht es in der Wohnungspolitik um Maßnahmen gegen die weitere Gentrifizierung – zum Beispiel durch soziale Erhaltensverordnungen und die massive Förderung des Baus von neuen Wohnungen mit niedrigen Einstiegsmietten. Schon jetzt fehlen jährlich 8.000 neue Wohnungen.

Schwarz-Grün will dem strukturellen Defizit mit Kürzungen im Betriebshaushalt von jährlich 550 Mio. Euro beikommen – ohne dass bisher erkennbar ist, wie das konkret umgesetzt werden soll. Eins ist aber sicher: Die Streichung von öffentlichen Dienstleistungen und der Abbau von Beschäftigung wird die ohnehin fragile wirtschaftliche Erholung gefährden, die soziale Spaltung vertiefen und kein Strukturproblem der Hamburger Wirtschaft lösen. Allerdings warten die Menschen dieser Stadt auch auf einen Zukunftsentwurf von Seiten der Hamburger Sozialdemokratie, der ihnen Mut machen könnte.

Fallen stellen, Unterschieben, Ausspähen, Manipulieren: Tatort HSH Nordbank



Sieht so Menschenwürde aus?

Noch hängt die HSH Nordbank am Tropf der öffentlichen Unterstützung. Die Bank stützt sich auf Garantien des Bankenrettungsfonds im Volumen von 13 Mrd. Euro. Außerdem stehen Hamburg und Schleswig-Holstein mit einem weiteren Garantieschirm von zehn Mrd. Euro bereit. Die Altlasten – faule Wertpapiere, problematische Kredite – belasten die Bank bis heute. Auch 2010 wird die Bank nicht aus den roten Zahlen kommen. Erst von 2011 an sind wieder Gewinne geplant. Wann der Staat sein Geld wieder sieht, steht in den Sternen.

Im August 2010 meldet die Bank erstmals seit sieben Quartalen eine deutliche Verminderung der Verluste. Der Vorstandschef der HSH Nordbank, Dirk Jens Nonnenmacher, interpretiert die Ergebnisse des 1. Halbjahres 2010 als Durchbruch im Sanierungsprozess. Im Unterschied zu anderen Landesbanken habe die HSH Nordbank die tiefrote Zone der Verluste verlassen und würde ohne die hohen Gebühren für die Garantien der SoFFin und die Zweitverlustgarantien der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein wieder ein positives Geschäftsergebnis präsentieren können. Dies ist eine charakteristische Irreführung der Öffentlichkeit. In der Tat, die Bank muss gegenwärtig im Jahr 400 Millionen für die bereitgestellten Garantien abführen; doch ohne diese Garantien wären die Refinanzierung weitaus teurer und folglich die Verluste höher.

Die ökonomischen Probleme werden gegenwärtig überlagert durch Bespitzelungsvorwürfe und personelle Auseinandersetzungen. In der Bank ist wiederum eine Schlamm-schlacht ausgebrochen. Dreh- und Angelpunkt der jüngsten Affäre bei der HSH Nordbank ist die Entlassung des Vor-

standsmitglieds Frank Roth im April des Jahres 2009. Die Fakten lauten: Nach kaum elf Monaten im Vorstand wird Roth von der Bank fristlos gekündigt und angezeigt, weil er Geschäftsgeheimnisse verraten haben soll. Die Kieler Staatsanwaltschaft stellt das Ermittlungsverfahren gegen Roth ein, weil ihr die Vorwürfe nicht plausibel erscheinen.

Wenn zutrifft, was verschiedene Quellen nahe legen, dann ist der HSH-Chef Nonnenmacher direkt verantwortlich für die womöglich illegale Überwachung des fristlos entlassenen Vorstands. Frank Roth stand im Verdacht, Interna aus dem Vorstand in die Öffentlichkeit lanciert zu haben. Um ihn zu überführen, haben damals laut Ermittlungsakten Nonnenmacher und der HSH-Justiziar Gößmann mit fingierten Papieren allen Vorstandsmitgliedern eine Falle gestellt. Roth soll durch diese Operation überführt worden sein und wurde daraufhin entlassen. Allerdings hat die Staatsanwaltschaft Ende Juni 2010 ihre Ermittlungen gegen ihn eingestellt. Sie kritisiert die Bank scharf, weil sie Roth »auf bloße Vermutungen« hin und »rein spekulativ« eine Straftat zur Last gelegt habe.

Als Roth vor kurzem Rehabilitation und Entschädigung forderte, wies der Aufsichtsratsvorsitzende Kopper ihn in der ihm eigenen Direktheit zurück: »Für ein Arrangement mit Ihnen« sei nicht zuletzt wegen »einer meines Erachtens ganz eindeutigen Indizienlage« weder »moralisch noch rechtlich irgendein Raum«, schrieb er am 20. Juli an Roth. Unausgesprochen bezog Kopper damit ein weiteres Mal klar Position für Nonnenmacher.

Zu dieser undurchsichtigen Bespitzelungsaffäre passen zwei weitere Affären:

- Die Bezirksstaatsanwaltschaft von New York ermittelt gegen hochrangige Manager der HSH Nordbank. Sie stehen unter Verdacht, den ehemaligen Leiter der New Yorker HSH-Filiale Roland K. fälschlich und gezielt als Konsumenten von Kinderpornografie diskreditiert zu haben, um ihn leichter loswerden zu können. Es gab im September 2009 eine Razzia im New Yorker Büro, an der auch der momentan von seinen Aufgaben entbundene HSH-Chefjustiziar Wolfgang Gößmann teilgenommen haben soll. Am 22. April 2010 teilte die New Yorker Staatsanwaltschaft Anwälten der Bank mit, dass aus ihrer Sicht Roland K. das Opfer einer Intrige geworden sei. Es gäbe offensichtlich keinen belastbaren Beweis dafür, dass Herr K. die kinderpornografischen Bilder aus dem E-Mail-Account auf seinem Bürorechner genutzt hat. Dagegen gibt es belastbare Indizien, dass Herrn K. eine Falle gestellt wurde.
- Am 16. August 2006 teilte die HSH Nordbank mit, dass ihr damaliger Vorstandsvorsitzender Alexander Stuhlmann vorzeitig seinen Posten räumt. Als Grund für seinen überraschenden Abgang nannte Stuhlmann im Detail nicht ausgeführte, persönliche Gründe. Ein entscheidender Faktor für den Weggang waren Drohungen gegen Stuhlmann und seine Familie. Damals war eine externe Sicherheitsfirma mit einer umfassenden Untersuchung beauftragt worden. Im Büro von Stuhlmann stießen sie auf eine Wanze. Wer sie dort installiert hat, wird nie aufgeklärt. Zudem gibt es keine Indizien, dass Interna nach außen gedrungen waren. Stuhlmann nimmt diese Vorgänge offenkundig zum Anlass, aus der HSH Nordbank auszuschneiden.

Die HSH Nordbank hat Bespitzelungen eingeräumt. 2009 habe es »Einzelfälle« gegeben, bei denen »der Versuch« gemacht worden sei, »Geheimnisse der Bank auszuspionieren«, teilt das Institut mit. Diese Fälle seien umfassend aufgearbeitet worden und hätten zu Kündigungen im Bereich der internen Sicherheit geführt. »Insoweit« hat der Aufsichtsrat »uneingeschränktes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Vorstandes und die Entschlossenheit des Vorstandsvorsitzenden, derartigen rechtswidrigen Machenschaften Einhalt zu gebieten«, wie es in einer Erklärung heißt. Die neuerlichen

bei der HSH Nordbank bekannt gewordenen Bespitzelungsvorwürfe lässt Aufsichtsratschef Hilmar Kopper umfassend extern prüfen. Beschränkt wird dabei ein mehrgleisiger Weg. Sowohl die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG als auch eine »renommierte« Anwaltskanzlei seien zur Aufklärung der Sachverhalte eingeschaltet worden.

Der Imageschaden bei all diesen »Affären« für die Bank ist enorm – und erschwert damit ohne Zweifel die Bemühungen, sie wieder zu einem normalen Finanzinstitut zu machen. Immer wieder berichten Zeitungen über Rechtsverletzungen und Abhöraffaires. Immer wieder sieht sich Aufsichtsratschef Hilmar Kopper gezwungen, Nonnenmacher das Vertrauen auszusprechen. Bereits vor einigen Monaten hatte der frühere Chef der Deutschen Bank dem aktuellen HSH-Vorstandsvorsitzenden den Rücken gestärkt, als dieser wegen der umstrittenen »Omega«-Transaktionen mit Rücktrittsfordernungen konfrontiert war. Im Zusammenhang mit den umstrittenen Kreislaufgeschäften ermittelt die Staatsanwaltschaft Hamburg wegen des Verdachts der Bilanzfälschung. Im Frühsommer waren deswegen Geschäftsräume der HSH in Hamburg und Kiel durchsucht worden. Die Bank hat den Verdacht falscher Bilanzierung zurückgewiesen. Für Negativ-Schlagzeilen hatte auch eine 45 Millionen Euro schwere Zahlung der HSH an Goldman Sachs gesorgt, zu der das Bankhaus wegen einer abgelaufenen Frist nicht verpflichtet gewesen wäre. Nonnenmacher stand zudem unter Beschuss, weil ihm ein Bonus über 2,9 Millionen Euro gezahlt wurde, während das Institut Personal abbaut.

Mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss ist dieser Schlammschlacht und dem seit Monaten anhaltenden Destruktionsmodus offenkundig nicht beizukommen. Wo es um rechtswidrige Ausspähung, Manipulierung von Akten und Computern geht, wo Akteure mit enormen Summen zur Präparierung von Beweismitteln eingesetzt werden, da bleiben Aktenstudium und Zeugenbefragungen hilflos, zumal das Interesse an umfassender Aufklärung noch fraktionell gebunden bleibt. Dass all die ans Licht der Öffentlichkeit gedrunge- nen Affären keine Peanuts sind, wird man diesmal dem Herrn Kopper wohl auf andere Weise beibringen müssen.

Die Zukunft ist erneuerbar! Atomkraft abschalten!

Am 3. und 4. September findet in der Altonaer »Fabrik« (Barnerstraße 36) eine energiepolitische Konferenz statt. Getragen wird sie von sechs Landtags- und der Bundestagsfraktion der LINKEN.

Ich beteilige mich an dem Forum »Stadtwerke der Zukunft: sozial, ökologisch, demokratisch!« (Samstag, 4. September, von 11:30 bis 13:00 Uhr) und werde gemeinsam mit Alexis Passadakis (attac), Peter Fuchs (WEED) und Monika Bricke (die klima-allianz) diskutieren.

Die Konferenz beginnt am Freitag um 19:00 Uhr (mit einem Eröffnungspodium u.a. mit der Vorsitzenden von DIE LINKE, Gesine Löttsch) und endet am Samstag mit einer energiepolitischen Hafenrundfahrt der »Hafengruppe Hamburg« (19:30-21:30 Uhr).



Wohnungspolitik: Dem Senat Beine gemacht – jetzt müssen sie zum Laufen gebracht werden!



Mietwohnungen auf der Veddel

Dass hinter den Kulissen zwischen GAL und CDU in den letzten Wochen sicherlich hart verhandelt und gerungen wurde, ist schon denkbar. Was nun aber jüngst im Stadtentwicklungsausschuss mit Zustimmung der LINKEN verabschiedet werden konnte, während im Senat das Personalchaos um den neu zu wählenden Bürgermeister grassierte, ist das Produkt eines längeren Prozesses. Zur Erinnerung daher eine Rückschau auf die Abläufe.

Insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 hatte sich der Druck außerparlamentarisch durch die Initiativen übergreifende Bewegung »Recht auf Stadt« und die Resonanz auf das Manifest »Not in our name, Marke Hamburg!« enorm verstärkt. Durch eine Schriftliche Große Anfrage zur Gentrifizierung konnte DIE LINKE das Thema Aufwertung und Verdrängung in den Hamburger Stadtteilen mit statistischen Nachweisen auf die politisch-parlamentarische Ebene heben. Gleichzeitig prägten die Auseinandersetzungen um das Gäneviertel in der Neustadt und die IKEA-Ansiedlung in Altona, der Kampf gegen das Bernhard-Nocht-Quartier in St. Pauli und für eine soziale Erhaltungsverordnung in St. Georg sowie viele andere Initiativen und stadtentwicklungspolitische Themen den öffentlichen Diskurs in der Stadt.

Derart in die Defensive gedrängt, beantragte die CDU Anfang 2010 eine Expertenanhörung, welche im Juni unter ungewöhnlich großer Aufmerksamkeit und Beteiligung stattfand. Einzelnen CDU- und SenatsvertreterInnen war auf diesem Hearing deutlich anzumerken, wie groß oder besser wie klein ihr Interesse an einer schnellen und nachhaltigen

Lösung der Probleme ausfiel. In der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vor der parlamentarischen Sommerpause sollte schließlich die Auswertung der Expertenanhörung vorgenommen werden. Da die Senatsparteien CDU und GAL, aber auch die SPD es in kleinkariertem Manier abgelehnt hatten, den von der LINKEN im Dezember 2009 eingebrachten Antrag an diesen Ausschuss zwecks weiterer Erörterung zu überweisen, blieb nur die Möglichkeit, zu dem recht passablen Antrag der SPD ein ergänzendes Petition einzureichen.

Die GAL erbat sich mit dem Hinweis, zu diesem Zeitpunkt noch keine Zusagen machen zu können, eine Verschiebung auf die erste Sitzung nach der Sommerpause. Umso erfreulicher mündete nun alles in einem Antrag des Senats, dem sich die SPD anschloss und auch DIE LINKE zustimmen konnte. Der Beschluss hat folgende Inhalte:

1. Mit den Bezirken soll über das Instrument der Zielvereinbarungen eine regelhafte Prüfung verankert werden, inwieweit bei Bauvorhaben mit mehr als 40 Wohneinheiten ein Mindestanteil von 20 bis 30% – je nach Bedingungen im Einzelfall – sozial gebundener Wohnraum umgesetzt werden kann.
2. Es ist zu prüfen, ob bei Bebauungsplänen regelhaft bei Bauvorhaben ab 40 Wohneinheiten ein Mindestanteil von 20 bis 30% – je nach Bedingungen im Einzelfall – sozial gebundener Wohnraum umgesetzt werden kann.
3. Die Vergabe städtischer Wohnungsbaugrundstücke erfolgt unter der Maßgabe, dass ein Mindestanteil von 20 bis 30%

- je nach Bedingungen im Einzelfall - öffentlich geförderter Mietwohnungsbau entsteht.
4. Zur Beschleunigung des Erlasses von Sozialen Erhaltungssatzungen gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB wird darauf abgezielt, einen Datenbestand analog dem Münchner Verfahren aufzubauen, zu pflegen und anzuwenden.
 5. Es ist zu prüfen, inwieweit unter Zusammenarbeit mit der genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft eine genossenschaftliche Immobilienagentur analog der Münchner GIMA aufgebaut werden kann.
 6. Es sind Handlungsansätze zu entwickeln und zu verfolgen, mit denen auch gewachsene Gewerbestrukturen und die kulturelle Vielfalt in den betreffenden Quartieren geschützt werden können, indem zum Beispiel
 - a. städtische Gewerbeflächen für quartiersnah ansässige erweiterungsbedürftige oder von Vertreibung durch Mietsteigerungen bedrohte Gewerbebetriebe und Kreativnutzungen bevorzugt bereitgestellt werden
 - b. Gewerbeimmobilien im Treuhandeigentum von Sanierungsträgern zu bezahlbaren Mieten an lokales Gewerbe, kreative Nutzungen und soziale Einrichtungen vergeben werden
 - c. bei städtischen Flächen und Immobilien im geeigneten Falle auf Wert steigernde Entwicklungsmaßnahmen verzichtet wird, um Freiräume und Nischen für nicht kommerzielle Nutzungen zu erhalten.
 7. Die SAGA GWG sollte in von nachweislichem Aufwertungsdruck betroffenen Stadtteilen gezielt öffentlich geförderten Wohnungsneubau betreiben. Allerdings ist im Einzelfall abzuwägen, ob diese Grundstücke nicht auch Baugemeinschaften zur Verfügung gestellt werden können.
 8. Die SAGA GWG-Modernisierungsumlagen nach § 559 BGB und Mieterhöhungen nach dem Mietenspiegel sind zeitlich so zu staffeln, dass es nicht zu sozial unausgewogenen Mietpreissteigerungen und Verdrängung von Mietern kommt (z.B. durch Herausfallen der Wohnung aus den Erstattungs-grenzen der Kosten der Unterkunft nach SGB II/XII).
 9. Eine mögliche Bundesratsinitiative ist mit dem Ziel zu prüfen, verbesserte rechtliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, um gegen Mietpreisüberhöhungen angemessen vorgehen zu können.
 10. Der Bürgerschaft ist zu berichten.

Dass die HamburgerInnen diesen Senatsantrag wahrlich nicht der CDU zu verdanken haben, wurde schon im Ausschuss deutlich: Während DIE LINKE, SPD und die grüne Stadtentwicklungssenatorin den Antrag begrüßten, verfiel die CDU in Schweigen. In einem Radio-Interview am nächsten Morgen wurde von einem CDU-Politiker abgewiegelt, dass »man keine allzu hohen Erwartungen haben sollte, denn das, was dort verabschiedet worden wäre, würde die Entwicklung nicht ausbremsen (können)«. Trotzdem wurde von der Presse gerne aufgenommen, dass »Hamburg eine Bundesratsinitiative gegen Mietwucher« auf den Weg bringen möchte.

Dass dieser Aspekt - dem Petition der LINKEN entnommen - Berücksichtigung fand, dürfte die Mieterschutzvereine erfreuen, denn diese mahnen schon seit Jahren eine bessere rechtliche Handhabe gegen überhöhte Mieten und Mietpreissteigerungen (vor allem bei Neuvermietung) an.

Leider ist allerdings, wenn man sich den Beschluss genauer ansieht, fast die Hälfte aller benannten Ansatzpunkte als Prüfauftrag formuliert (1., 2., 5. und 9.). Hinzu kommt relativierendes Vokabular wie unter 6.c. (»im geeigneten Falle«) oder unter 7. (»im Einzelfall abzuwägen«). Ob dieser Senat, allemal in der frisch gewählten Personalkonstellation, in den verbleibenden eineinhalb Jahren diesbezüglich noch etwas umsetzen wird, ist fraglich. Die eigentliche Interessenlage der CDU, die engste Verbindungen zur Immobilienwirtschaft pflegt (so wechselt z.B. der soeben ausgestiegene Wirtschafts-senator Axel Gedaschko problemlos auf den Stuhl des Präsidenten des Bundesverbandes der Wohnungsunternehmen), dürfte diesbezügliche Umsetzungen erheblich erschweren.

Es ist an der LINKEN und den außerparlamentarischen Bewegungen, den Komplex Gentrifizierung, Aufwertung und Verdrängung weiterhin in der Öffentlichkeit zu halten, auf dass es nicht beim Prüfen bleibt und im »Abwägen des Einzelfalles« nicht die Interessenlagen der Immobilienwirtschaft und die Kürzungsarien im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung die Entscheidungen diktieren. Der Beschluss bietet jedenfalls eine Reihe von Ansatzpunkten, die in nächster Zeit immer wieder und vor Ort - in den Bezirken und Stadtteilen, von den Verbänden und Initiativen - eingefordert und überprüft werden müssen.

Antje Schellner/Joachim Bischoff/Michael Joho

Methfessel & Schanze: Feste feiern!

Ich hatte im letzten BürgerInnenbrief bereits ausführlich auf zwei traditionelle politische Stadtteilstefte hingewiesen, die am kommenden Wochenende stattfinden. Deshalb hier nur eine knappe Erinnerung:

Die BesucherInnen des **Methfesselfests in Eimsbüttel** (Else-Rauch-Platz), dem traditionellen Fest von Eimsbütteler Stadtteilgruppen und -initiativen vom 3.-5.9., erwarten »brandheiße Informationen« von Initiativen, Gruppen und Einrichtungen, Live-Musik, Lesungen, ein Spielfest, reichlich Verpflegungsstände und mehrere Podiumsdiskussionen.

Nicht angemeldet, aber offiziell geduldet, findet am Samstag, den 4.9., das **Schanzenfest** rund um das Schulterblatt statt: »Für die Aneignung des öffentlichen Raumes! Gegen Repression und Vertreibungspolitik!« Die Schanze organisiert ihr Volksfest auf der Straße »von unten«: Essen & Trinken, Musik und andere Vergnügen, Flohmarktstände ohne Ordneranweisungen und Standmieten, Musik macht, wer Lust hat, Stände aller möglichen Gruppen veranschaulichen zudem die bunte politische Initiativenvielfalt der umliegenden Quartiere.

Kultur Tipp: Denk mal offen – auch an Deserteure!



Offenes Denkmal Hafen-Museum 2009

Vom **10. bis 12. September** öffnen interessante Einrichtungen und Stätten ihre Türen. Anlass ist der **Tag des offenen Denkmals**, den die Stiftung Denkmalpflege in Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutzamt veranstaltet. In diesem Jahr lautet der Schwerpunkt »Reisen, Handel und Verkehr«, an etwa 100 Orten in fast 40 Stadtteilen können ungewohnte Blicke erhascht werden. Auftakt ist am Freitag, den 10. September, von 14:00 bis 18:10 Uhr im Museum für Völkerkunde (Rothenbaumchaussee 64). Nach einer Einführung von Frank Pieter Hesse vom Denkmalschutzamt gibt es im 20-Minuten-Rhythmus Vorträge, z.B. über Kontorhäuser von Ralf Lange (Speicherstadtmuseum) und zur Geschichte der Hamburger Hochbahn von Daniel Frahm (Hochbahn AG).

Die drei Tage ermöglichen z.B. eine kostenlose Besichtigung des Jüdischen Friedhofs Königstraße in Altona-Altstadt, auf dem sich einige Tausend Gräber der sephardischen Zuwanderer aus der Zeit von 1611 bis 1877 befinden (Führungen Sonntag 11:00 und 17:00 Uhr). Wer es lieber sportlich mag, beteiligt sich an einer zweistündigen Kanadier-Fahrt durch den Harburger Binnenhafen (Samstag 10:30, 14:00 und 17:00 Uhr, Sonntag 10:30 und 14:00 Uhr – nur nach Anmeldung bis 5.9. bei Stefan Rogge: info@fleetfluchten.de). Ein weiterer Höhepunkt wird der aus diesem Anlass geöffnete Schellfisch-Tunnel in Ottensen sein, der das Viertel mit dem 28 Meter tiefer gelegenen Hafen verbindet und seit 1993 verschlossen ist (leider sind alle bislang angebotenen Führungen bereits ausgebucht, auf der Internetseite [\[terwelten.de/tag-des-offenen-denkmals-2010.html\]\(http://www.hamburgerun-terwelten.de/tag-des-offenen-denkmals-2010.html\) werden jedoch weitere Termine in Aussicht gestellt\).](http://www.hamburgerun-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Das komplette 70seitige Programm gibt es in Bücherhallen, Bezirksämtern, Tourist-Informationen oder als pdf-Datei im Internet (<http://www.hamburg.de/contentblob/2369800/data/programm-tdod-2010.pdf>). Über ausgebuchte Führungen und aktuelle Programmänderungen kann man sich ebenfalls im Internet (<http://www.hamburg.de/offenes-denkmal/383624/aktuelle-aenderungen.html>) informieren.

In Ergänzung zum offiziellen Programm lädt ein Bündnis von Organisationen, KünstlerInnen und engagierten Menschen am Samstag, den **11. September** ein, an das **Schicksal der Deserteure** und anderer Opfer der Kriegsgesetze der faschistischen Wehrmacht zu erinnern. Zwischen 17:00 und 20:00 Uhr gibt es rund um das »76er-Denkmal« (am Stephansplatz – bekannt auch als »Kriegsklotz«) Lesungen, Kunst und Aktionen – u.a. mit dem 89-jährigen Ludwig Baumann, Vorsitzender des Bundesverbandes der Opfer der NS-Militärjustiz. Mit der Veranstaltung soll die Forderung nach einem angemessenen Gedenken an diese vernachlässigte und verschwiegene Widerstandsgruppe – gegen mindestens 23.000 von ihnen wurde die Todesstrafe vollstreckt – unterstützt werden. Das Bündnis setzt sich für ein Deserteursdenkmal in Hamburg ein: »Kein Platz ist unserer Meinung nach für ein Deserteursdenkmal geeigneter als vor dem Kriegsklotz am Stephansplatz.« Aufruf und Programm finden sich ebenfalls im Internet (<http://www.niqel.de/deserteur/index.html>).

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**